

# Dresdner Volkszeitung

Postfach: Dresden  
Soden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Postkonto: Schlt. Senatshaus, Dresden.  
Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten, K.-G., Dresden.  
Gebrüder Wundt, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen im Bestehen des Blattes ist es durch einen Briefkasten bei der Redaktion oder bei der Druckerei zu benachrichtigen.

Abbestellung: einschließlich Postgebühren mit der nächsten Umschlagung. Adressänderung: 1.00 DM. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 5361. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.  
Verlagsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 5361 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Abbestellungspreis: Grundpreis: die 30 mal breite Nonpareille 20 Pf., die 30 mal breite Heliozelle 20 Pf., für auswärts zu beziehen 40 Pf. und 250 Pf. Familienabonnenten, Straßen- und Wirtshaus 40 Pf. Rabatt für Betriebsabonnenten 10 Pf.

Nr. 155

Dresden, Donnerstag den 5. Juli 1928

39. Jahrg.

## Zwischen den Debatten

Sozialdemokratie und Regierungserklärung

Neu werden im Reichstag die Debatten zur Regierungserklärung verlaufen. Dann wird das „Kabinet der Köpfe“ zu zeigen haben, was es kann, und was es will. Denn weder das eine noch das andre ist aus Müllers Programmrede klar zu ersehen. Daß sie in nächster Vorgetragen wurde, ist ein Vorzug dieser Regierungserklärung. Sie will nicht nur betrachten und nichtern gewertet sein. Ihre Range schon läßt Schlüsse auf die Schwierigkeiten zu, die es bei der Formulierung gab. Wenn man weniger gesagt hätte, wäre es mehr gewesen, und wenn man herauschalt, was an positiven Hoffnungen für die Arbeiterchaft bleibt, so ist das nicht viel.

Man will das Washingtoner Abkommen ratifizieren, man erachtet die Senkung der Lohnsteuer und die Senkung der Zölle für zweckmäßig, eine Amnestie soll kommen und die Abschaffung der Todesstrafe erörtert werden. Aber die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens bedeutet noch nicht die abschließende Regelung des Wirtschaftstages. Ueber eine Aenderung der Schlichtungspraxis, über Verbesserungen der Arbeitslosen- und Krisenfürsorge wird nichts gesagt. Und so schon auch die Wendung von der notwendigen internationalen Senkung der Zolltarife klingen mag, so muß doch die Arbeiterchaft mehr Deutlichkeit fordern und fragen, wie es mit dem Abbau der unerhörten Zollwucherpolitik der verfallenen Reaktionsregierung steht, ob die Zölle, die auf den Lebensmitteln der breiten Massen liegen, baldigst gesenkt werden sollen oder nicht!

Nach dürftiger ist ein anderer Punkt weggelassen: die deutsche Wehrmacht. Bei den Verhandlungen über die Große Koalition gehörte die Streichung des Vanzers Freuzers A mit zu den Forderungen unserer Partei. In Müllers Programmrede hört man nichts darüber. Die Entscheidung wurde verschoben.

Nun könnte man sagen, Reden sind Schall und Rauch, Worte sind Worte; auf die Taten kommt es an! Aber wir haben von Koalitionsregierungen, in denen Sozialdemokraten saßen, schon hoffnungsreichere Worte gehört, hinter denen die Taten leider beträchtlich zurückblieben. Diesmal bleiben die Worte hinter unsern Forderungen zurück — werden die praktischen Ergebnisse dafür um so nüchtern sein? Wir müssen abwarten. Was gewisse Reformen in der Verwaltung anbelangt, so richten sich die Augen vieler auf Ebering. Wird er, wie in Bremen, hier sehr bald sichtbare Personalreformen durchsetzen können? Sein Amttritt läßt optimistische Schlüsse zu. Nach einem Bericht des demokratischen Zeitungsdienstes hat er vor den versammelten Beamten seines Ressorts mit Entschiedenheit hervorgehoben, daß es ihm in diesem Ministerium nicht allein auf die Liebe zum Staate ankomme, sondern auf die Liebe zur Staatsform, die Liebe zur Republik. Die erwähnte Quelle berichtet weiter:

In der Begrüßungsansprache war an das Wort Eberings, das er einmal gesprochen hatte, erinnert worden, daß er nicht befehlen, sondern überzeugen wolle. Ebering knüpfte jetzt an dieses Wort wieder an, betonte aber, daß im Reichsministerium des Innern er allein verantwortlich sei, verantwortlich gegenüber dem Parlament, verantwortlich gegenüber dem deutschen Volk. Er bestimmte in diesem Sinne die Politik, die gemacht werde, und hier werde er allerdings, wenn es ihm nicht gelingen sollte, zu übergeben, auch befehlen müssen. Die Amtseinführung Eberings habe den Beamten des Reichsministeriums deutlich zur Kenntnis gebracht, daß jetzt ein entscheidender Kurswechsel bevorstehe. Eine Reihe von höheren Beamten bemühte sich demgemäß schon jetzt, ihn nach einem anderen Wirkungskreis umzusetzen. Es gehe vor allem der durch Stendel ernannte Leiter der Beschaffungsabteilung, Ministerialdirektor v. Kametz.

Das klingt etwas kräftiger und positiver, als das, was wir bisher über die Pläne der Regierung hörten. Wenn der Sozialdemokratische Reichstagsdienst, dessen Betrachtungen zur Regierungserklärung wir gestern abdruckten, die Rede Müllers als ein Kompromißprodukt mehrerer Parteien erklärt, so spricht er damit eine Binsenwahrheit aus. Koalitionsregierungen sind nun einmal Gebilde, in deren Arbeiten sich die Kräfte verschiedener Parteien kreuzen. Aber die Sozialdemokratie ist als stärkste und siegende Partei aus dem Wahlkampf hervorgegangen. Sie kann Kompromisse, die auf ihre Kosten gehen, sie kann etwaige inhaltlose Arbeit ihrer Minister heute weniger vertagen denn je. Die Wahlen fordern einen Kurswechsel, eine energische Abkehr von der arbeitfeindlichen Politik und der Wurfscheiße des verfallenen Bürgerblocks.

Breitscheid hat gestern als Sprecher der Sozialdemokratie erklärt, daß unsere Minister durchaus an den Wahlen unserer Partei und unserer Fraktion gebunden sind,

daß sie der Kontrolle der Partei unterstehen und als ihre Beauftragte darin sitzen. Eine Minderheit der Fraktion hatte unsere Beteiligung an dieser Regierung, auf dieser schwankenden Grundlage, abgelehnt. Offen wir, daß sich die Gesamtheit der sozialdemokratischen Abgeordneten in Berlin darin einig ist, wachsam zu sein und darauf zu achten, daß diese Koalitionsregierung nicht in ein zweckloses Wursteln gerät. Wir sind daran interessiert, daß Deutschland eine republikanische, fortschrittliche, sozial handelnde Regierung hat, aber wir dürfen unter Ansehen nicht riskieren, damit Deutschland nur eine irgendwie geartete Regierung behält!

## Die dringliche Lohnsteuererlegung

D. Der Satz in der Regierungserklärung, daß die Senkung der Einkommensteuer bei Einkommen bis zu 8000 M. jährlich, die dem Lohnabzug oder der veranlagten Einkommensteuer unterliegen, vordringlich behandelt werden müsse, ist von einem Teil der Presse so ausgelegt worden, als sei es die Absicht der Reichsregierung, auch diese Frage erst im Herbst im Zusammenhang mit den übrigen Steuerfragen zu erledigen. In Wirklichkeit bedeutet diese Erklärung der Regierung, daß man mit der Senkung der Lohnsteuer nicht bis zum Herbst zu warten braucht, sondern sie bereits jetzt vor der Vertagung des Reichstags erledigen kann. Diese Auffassung hat der Reichsfinanzminister Dr. Gifferting auch in einer Besprechung der Fraktionsführer vertreten, die am Mittwoch nachmittags stattgefunden hat.

In dieser Sitzung haben die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die steigenden Erträge der Lohnsteuer mit Sicherheit erwarten lassen, daß der gesetzlich vorgeschriebene Höchstbetrag der Lohnsteuer auch im Jahre 1928 überschritten werde. Die Lohnsteuererlegung müsse deshalb erfolgen, und zwar noch vor der Vertagung des Reichstags. Von den Vertretern der bürgerlichen Fraktionen wurden eine Reihe von Bedenken erhoben, von denen einige durch die Aussprache beseitigt werden konnten. Zu einer endgültigen Stellungnahme wird man erst in einer weiteren Sitzung kommen, die für Donnerstag in Aussicht genommen ist. Zuvor wollten sich die bürgerlichen Fraktionen mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Die Sozialdemokratie hat in der Sitzung u. a. noch

erklärt, daß sie, um die Lohnsteuererlegung nicht an formellen Schwierigkeiten scheitern zu lassen, bereit sei, ein Initiativgesetz einzubringen.

## Die Kriegsverhütungsvorschläge

T. Genf, 4. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Die Sicherheitskommission beendete am Mittwoch ihre dritte Tagung. In glücklicher Weise unterstreicht das politische Hauptergebnis dieser Tagung, das Schicksal der deutschen Kriegsverhütungsvorschläge, die programmatischen Erklärungen des neuen Reichsfinanzministers über Deutschlands Stellung zur Abrüstung und Sicherheitsfrage. Man hat die deutschen Vorschläge in einen Modellvertrag hineingearbeitet, der als Kollektivvertrag für alle zum Beitritt bereiten Staaten gedacht ist. Dieser Modellvertrag sieht in seinem ersten Artikel die Verpflichtung vor, im Falle eines Streites vorläufige Empfehlungen des Völkerbundesrats anzunehmen, die dazu bestimmt sind, Maßnahmen zu verhängen, die eine nachteilige Auswirkung auf die endgültige Regelung des Streitfalles haben könnten. Der dritte Artikel besagt, daß sich die streitenden Parteien,

wenn es bereits zu militärischen Zusammenstößen gekommen ist, verpflichten, den Empfehlungen des Rates auf Einstellung der Feindseligkeiten Folge zu leisten. Diese Empfehlung solle die Zurückziehung der Streitkräfte aus dem Lande des Gegners und die Achtung der Souveränität einschließen.

Demilitarisierte Zonen sind von eventuell eingehenden Truppen zu räumen. Die Ausführung dieser Maßnahme soll vom Völkerbund, soweit erforderlich, überwacht werden.

Weggefallen ist der deutsche Vorschlag, die entsprechenden Ratsbeschlüsse mit einer Wehrzeit lassen zu lassen. Die Frage der Ueberwachung stellte die Redaktionskommission vor den anscheinend unüberbrückbaren Gegensatz zwischen England, Italien, Japan, die jede Kontrolle ablehnten, und Frankreich, Polen und die Kleine Entente, die das Hauptgewicht auf die Kontrolle legten. Die Einigung wurde mit der schwachen Formel „Ueberwachung, wenn erforderlich“ gefunden. Noch wichtiger ist das Verschwinden des zweiten ursprünglichen deutschen Vorschlags, der dem Rat das Recht gab, Demobilisierung und Wiederherstellung des militärischen status quo anzuordnen. Hier haben Frankreich und die Kleine Entente in der Redaktionskommission die Waage fallen lassen und mit England erklärt, daß die Durchführung der Demobilisierung unter den heutigen Verhältnissen unmöglich sei. Der deutsche Vertreter nagelte dieses Zugeständnis fest und betonte, daß es das deutsche Trögen in der Abrüstungskommission auf sofortige Einschränkung der Rüstungen rechtfertigte. Die Veränderungen der deutschen Vorschläge beweisen, daß die Abrüstung und die damit verbundene Defensivität der Rüstungen ein wesentliche Moment der internationalen Sicherheit bilden.

## Sturm im Reiche

Orkan über Berlin

S. Die Reichshauptstadt wurde am Mittwoch gegen 2 Uhr nachmittags von einem schweren Orkan heimgesucht. Der in Windstärke 8 auftretende Sturm kam aus der Gegend von Hannover und Magdeburg. Er tobte besonders in den Außenbezirken und im Tiergartenviertel. In mehr als 200 Fällen wurde die Feuerwehr alarmiert.

Fewer der Charlottenburger Häuser wurden ganze Wände entwürzelt, so daß die Feuerwehre stundenlang mit Aufräumungsarbeiten zu tun hatte. Der Straßenbahnverkehr von und nach Charlottenburg mußte bis dahin ruhen. Auch auf dem Flugplatz Tempelhof richtete der Orkan schweren Schaden an. Die Flugzeughalle an der Ostseite ist völlig zerstört und lag auf zwei Teile zerfallen. Einige der dort untergebrachten Flugzeuge wurden mehr oder weniger schwer beschädigt. Auch die auf dem Flugplatz stehenden Flugmaschinen wurden zum Teil umgeworfen und beschädigt. — In der Palaststraße wurde das Dach einer Garage abgedeckt. In der Rüdigerstraße am Rüterplatz fiel einer 47jährigen Frau ein Blumenkorb aus dem dritten Stockwerk eines Hauses auf den Kopf. Die Frau mußte mit schweren Kopfverletzungen in das Krankenhaus gebracht werden. An der Gräberstraße wurde ein auf dem Dach tätiger Dachdecker mit einem Steinwurf von einem Mann in schwerem Verletzungszustand ins Krankenhaus gebracht werden mußte. An der Ecke der Seestraße und des Großenbühlens wurde der Oberbaumbrücke wurde der Turmbau eines Hauses so schwer beschädigt, daß er herabzukürzen drohte. Die Feuerwehr mußte auch hier eingreifen.

In Potsdam und Umgebung tobte ebenfalls um die Mittagszeit ein starker Sturm. Auf dem Schützenplatz in Rommow wurden sämtliche Fächerbäume umgerissen, so daß der Platz einem wüsten Durcheinander gleich. Selbst die Kornfelder kürzten um.

Der durch den Orkan in Berlin angerichtete Schaden geht in die Tausende. Verletzt wurden ungefähr 30 Personen. Das Flugzeug Paris-Berlin, das infolge des Orkans in der kritischen Zeit eintraf, konnte nur dank der Geschicklichkeit seines Piloten landen. Die Passagiere kamen mit dem Schrecken davon. Der

Orkan war so stark, daß für den Flugverkehr vorübergehend Startverbot erlassen wurde. Insgesamt wurden drei Flugzeuge zerstört.

Wirbelsturm im Harz

S. Berlin, 4. Juli. (Eig. Funk.) Durchstürzte Wirbelstürme haben am Mittwoch das Gebiet vom Braubach bis Bernburgerde heimgesucht. Es wurden Dächer abgedeckt und fortgeschleudert. In den Ortschaften der Stadt und Umgebung wurden eiserne Geländerstäbe verbogen und Stühle und Tische weit weggeschleudert. Auf dem Flugplatz sah eine Windstöße ein Passagierflugzeug hoch in die Luft und schleuderte es unter starker Beschädigung wieder zur Erde. Die Verwüstungen in den Wäldern des Harzes sind sehr groß. Im Gebiet von Dreilindenhöhe im Oberharz hat der Sturm den Wald hauptsächlich umgelegt. Starke Bäume wurden geknickt. Die Wege sind mit abgerissenen Baumkrönen besät. Der Orkan ist besonders stark heimgesucht worden. Auf dem Giselberg wurde das Dach eines Pavillons abgedeckt. Dabei wurde eine Dame aus Wetzlar getötet und mehrere andere Kurgäste schwer verletzt. Auf der Ergrube Hölle Götter ist ein Mühlenwerk abgedeckt und dabei ein Grubenarbeiter verletzt worden. Die Harzgebirge waren durch den vorausgegangenen wolkenbruchartigen Regen zu riesenden Gebirgsflüssen geworden.

Unwetter im Reiche

Aus allen Teilen des Reichs, und zwar insbesondere aus dem Westen und Osten, kommen Nachrichten über starke Unwetter. In Gießen war z. B. am Mittwoch nachmittags ein starker Wirbelwind zu verzeichnen, der an der Großen-Heide-Brücke einen Obstverkaufstand hochhob. Der Stand wurde mit der dahinter stehenden Leiter des Obsthändlers über das Gelände hinweg gestürzt. Das Mädchen erlitt schwere innere und äußere Verletzungen. Im Westen hat hauptsächlich der Page! großen Schaden angerichtet. Die Ernte ist dort fast vollständig vernichtet. In den Weinbergen werden Schäden bis zu 50 Prozent verzeichnet.